



WOCHENSCHRIFT DES ARCHITEKTEN-VEREINS ZU BERLIN

HERAUSGEGEBEN VOM VEREINE

Erscheint Sonnabends u. Mittwochs. — Bezugspreis halbjährl. 4 Mark, postfrei 5,30 Mark, einzelne Nummern von gewöhn. Umfange 30 Pf., stärkere entspr. teurer
Der Anzeigenpreis für die 4gespaltene Petitzelle beträgt 50 Pf., für Behörden-Anzeigen und für Familien-Anzeigen 30 Pf. — Nachlaß auf Wiederholungen

Nummer 12

Berlin, Sonnabend den 23. März 1912

VII. Jahrgang

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Postämter und die Geschäftsstelle Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstr. 43.44

Alle Rechte vorbehalten

Können die in den heutigen großstädtischen Wohnverhältnissen liegenden Mängel und Schäden behoben werden?

Wettbewerbarbeit um den Strauchpreis 1911 des A.V.B. vom Baurat Albert Weiß in Charlottenburg

(Fortsetzung aus Nr. 10 Seite 97)

Abschnitt IV

Die Mängel der jetzigen Wohnungsverhältnisse

Die Erkenntnis, daß die jetzigen Zustände im Wohnungswesen unhaltbar sind, ist längst Gemeingut aller Denkenden geworden. Alle auf dem Gebiet der Wohnungsfrage erschienenen Abhandlungen und Werke, sowie auch die zeitweilig erscheinenden Artikel der Tagespresse sind in den Punkten, daß Mängel bestehen, und daß diese Mängel behoben werden müssen, einig. Auch bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften scheint sich diese Ansicht endlich durchgerungen zu haben.

Doch über den Umfang, die Ursache und die Art der Mängel kommen oft die unklarsten und widersprechendsten Ansichten zum Vorschein.

Bevor wir auf die, zur Verbesserung der jetzigen Verhältnisse getroffenen, und noch zu treffenden Maßnahmen eingehen können, müssen wir deshalb an der Hand der Feststellungen in den abgeschlossenen drei Abschnitten versuchen, uns auch hinsichtlich dieser Mängel ein klares und zusammenfassendes Bild zu schaffen. Nur hierdurch wird man die Größe der Mißstände richtig bemessen, die Notwendigkeit der Verbesserungen entsprechend beurteilen, und sich auch von den, bei jedem Verbesserungsvorschlag auftretenden Vorurteilen, Aber und Wenn's

a) Die Mieter.

Um die Mängel hier ganz zu erfassen, müssen wir das Leben der einzelnen Wirtschaftsklassen in den zur Verfügung stehenden Wohnungen untersuchen.

Unser gesamter Arbeiterstand der Groß- und der bedeutendsten größeren Städte, über 80% der Bevölkerung dieser Städte oder nahezu ein Viertel der Gesamtbevölkerung des Reichs, die unersetzlichen Werkzeuge unsres von aller Welt anerkannten und von allen beneideten volkswirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts, sind, wie wir im Abschnitt I festgestellt haben, in unzureichenden Wohnungen der Mietkasernen untergebracht. Bis zu 60% dieser Wohnungen liegen an den engen Höfen dieser Mietkasernen, in die das Licht und die Sonne meist nur spärlich eindringen können, und wo eine Erneuerung der dumpfen verdorbenen Luft meist unmöglich ist. Jeder Blick aus dem Fenster zwingt hier zur Berührung mit der Nachbarschaft, jede Gemütlichkeit und jedes Heimgefühl wird hier aufgehoben. In Groß-Berlin sind überdies noch 20% dieser Wohnungen in Kellerräumen — 1900 gab es noch 25170 Kellerwohnungen mit 95948 Bewohnern*) — oder minderwertigen

*) Handbuch des Wohnungswesens.

frei machen können, man wird dabei zu dem Bewußtsein kommen, daß die Lösung des Wohnungsproblems eine der dringendsten ist und, man wird einsehen lernen, daß man hier, um eine wirkliche Gesundung zu erreichen, auch vor Radikalmitteln nicht zurückschrecken darf.

Die Mängel, die sozialer und wirtschaftlicher Natur sind, kommen bei allen Schichten der Bevölkerung zur Geltung. Bei näherer Untersuchung kommt man außerdem mehr und mehr zu der Gewißheit, daß auch die unbefriedigenden sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen in den einzelnen Kommunen und im Gesamtstaat durch diese Mängel mehr beeinflusst werden, als man sich bei nur vorübergehender Betrachtung denken kann.

Wir glauben das klarste Bild über die Zustände durch die Zergliederung der Erscheinungen

- a) bei den Mietern,
- b) bei den Hausbesitzern,
- c) bei dem Baugewerbe,
- d) bei den Grundstücksspekulanten,
- e) bei den Kommunen und
- f) bei dem Gesamtstaat

geben zu können.

Bodenglassen untergebracht. Weiter sind von diesen rund 80% Kleinwohnungen in Berlin über 60% nur Einzimmerwohnungen, von denen wieder etwa $\frac{1}{10}$ nur aus einem einzigen Raum bestehen. Nur bei einer kleineren Zahl, bei weniger als $\frac{1}{5}$ der Kleinwohnungen, kommt eine Zweizimmerwohnung in Frage.

Und für solche in jeder Hinsicht unbefriedigende Wohnungen, die unsrer doch wohl durchgängig schwer arbeitenden unteren Bevölkerungsschicht als Unterkunft dienen müssen, werden 25—40% des gesamten Arbeitsverdienstes als Miete verlangt!

Den Durchschnittsverdienst des sogenannten gelernten, also des besseren Arbeiters haben wir für Groß-Berlin mit 1200 M. ermittelt; die Durchschnittsmiete für die kleinste Wohnungsgröße, d. i. für ein Zimmer von rund 20 qm und eine kleine Küche von rund 8—10 qm, mit 300 M.: Staats- und Gemeindesteuern, Invaliditäts- und Krankenversicherungsbeiträge, sowie die Feuerversicherungsbeiträge für das Mobiliar sind zusammen mit mindestens 45 M. zu bewerten; für das Heizen der Küche und Wohnung sind nach den Erörterungen im Abschnitt I 35 M. anzunehmen.

Der allergrößte Teil der Berliner Bevölkerung wohnt nicht und kann nicht in der Nähe seiner Arbeitsstätte wohnen. — Nach Clemens Heiß*) wird die Zeit, die ein Berliner Arbeiter braucht, um zu seiner Arbeitsstätte zu gelangen, durchschnittlich auf 45 Minuten, zum Teil noch viel höher geschätzt. Der Arbeiter ist unter diesen Verhältnissen gezwungen, täglich ein Verkehrsmittel — Straßenbahn oder dergleichen — zu benutzen. Weiter kann ihm das Mittagessen gleichfalls nur unter Zuhilfenahme dieses Verkehrsmittels gebracht werden. — Das Essen in der Kantine der Fabrik würde noch kostspieliger werden. — Es ist deshalb hier mit einer weiteren Mindestausgabe von $50 \cdot 6 \cdot 4 \cdot 0,10 = 120$ M. zu rechnen.

Nimmt man nur eine Durchschnittskopfzahl von fünf Personen für die Familie an, dann verbleiben für Essen und Bekleidung und alle sonstigen Bedürfnisse des Leibes und des Geistes, auf denen nach unsren Feststellungen im Abschnitt I beim Arbeiter nochmals eine Mietquote von 11% liegt, für die Person und den Tag

$$\frac{1200 - (300 + 45 + 35 + 120)}{5 \cdot 365} = \text{rd. } 39 \text{ Pf.}$$

Neununddreißig Pfennige — in vielen Fällen noch weniger — in einer Stadt, wo jede Kleinigkeit teuer bezahlt werden muß und wo in den allermeisten Fällen auch nicht die geringste eigne Naturalwirtschaft möglich ist!**) Treten in einem solchen Haushalt auch nur die geringsten Verschiebungen ein, durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder auch nur durch Geburt eines weiteren Kindes usw., dann ist das Elend groß. Die Frau muß dann mitarbeiten, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Zucht und Ordnung schwindet dabei in dem Haushalt. Die Kinder werden vernachlässigt oder sie werden frühzeitig, wenn sie noch völlig unentwickelt sind, selbst zu schwerer Arbeit angehalten, oder sie werden auf die Straße getrieben, wo sie herumstrolchen oder wo sie durch Bettel und Kleinhandel ein paar Pfennige mitverdienen müssen.

In solchen Familien wächst der Weizen der Ausbeuter der Heimarbeiter, gegen die humanitäre Kreise jetzt durch Ausstellungen und Kongresse mobil zu machen suchen. Was soll bei solcher Not denn mit gesetzlichen Maßregeln erreicht werden? Diese Heimarbeiter nehmen doch diese Hungerlohnarbeit nur an, um sich die beschränkte und dürftige Wohnung wenigstens noch als eignes alleiniges Heim retten zu können. Fällt diese Heimarbeiter, dann ist der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch der Familie nur durch noch viel größere Mißstände, d. i. durch die Aufnahme von Schlafgängern — bei denen sich eine große Zahl von Dirnen und Zuhältern befinden —, zu umgehen. — Die Zahl dieser Schlafgänger in den Kleinwohnungen — fast 100 000 in Berlin und fast eine Million in den Großstädten — kennzeichnet schon zur Genüge den hier bereits herrschenden Notstand!

Die ganze Familie ist dann gezwungen, Tag und Nacht zusammen in der kleinen, in den seltensten Fällen mehr als 10 qm großen Küche zu hausen oder, was noch weit schlimmer ist, die armen Kinder müssen das Wohnzimmer mit den oft sehr zweifelhaften Elementen der Schlafgänger verschiedenerlei Geschlechts und deren meist unehelichen Kindern teilen. Hierbei entstehen dann die haarsträubenden sittlichen Schäden — Mißbrauch, Schwängerung und Geschlechtskrankheiten der Kinder —, von denen Eberstadt in dem mehrfach genannten „Handbuch“ eine ganze Reihe aus Zeitungsnotizen zusammengestellt, oder die unglaubliche Verderbtheit der durch die Umwelt des Massenmiethauses verführten Kinder, die Albert Südekum in seinem „Großstädtischen Wohnungselend“ schildert. Hierbei tritt ferner die im Abschnitt I erörterte Zusammenpferchung von Menschen — bis zwölf Personen in einer einzigen Küche und bis elf Personen in einem einzigen Zimmer — ein und die gleichfalls dort nachgewiesenen Mißstände bei der Unterbringung von Kranken, wo Tausende von Kranken weniger Luftraum haben als die Gefangenen und wo gleichfalls Tausenden von Kranken, darunter Schwindsüchtigen, noch nicht einmal ein alleiniges Bett als Lagerstelle zugewiesen werden kann. Die Nachweise, daß in Preußen in einem Jahr rund 60 000 Personen ohne Pflege in Heilanstalten, also in den Kleinwohnungen an Tuberkulose zugrunde gingen, und weiter, daß die Todes-

fälle in den Kleinwohnungen 90% der gesamten Fälle ausmachen, und endlich, daß in Berlin in 25 Jahren rund 58 000 Personen aus dem Arbeiterstand den Irrenanstalten zugeführt worden mußten, kennzeichnen die Gefahren solcher Wohnverhältnisse am deutlichsten.

Heinrich Rippler schildert diese Zustände in einem Artikel „Die Not Berlins“*) trefflich, indem er unter anderem ausführt:

„Mit einer wahren Angst pflanzt dieses Berlin, wo ein Plätzchen dafür bleibt, einen Baum, einen Strauch hin; es ist eine instinktive Angst um die Luft zum Leben in all dem zu spüren. Es erinnert manchmal an den sentimentalischen Mörder, der in seiner Zelle ein Zweiglein vom Gefängnischristbaum heimlich wahrnt und hegt. Ja, Angst um Seele und Leib führt diesen Kampf um den Wald, und wer der Hauptstadt des Reichs hier billiges Entgegenkommen versagt, der macht sich schuldig auch am Reich. Denn gewiß kommt der einzelne nur um seiner selbst willen nach diesem Kampfplatz gesteigerter Möglichkeiten, aber um des Reichs willen ist er da, dieser Kampfplatz; seine Bedürfnisse haben ihn geschaffen, seinen Bedürfnissen dient er und ist er unentbehrlich.“

Die Wohnungs- und Raumnöte der Großstädte ist das erschreckendste Symptom der spezifisch modernen sozialen Notstände. Muß es da nicht für jeden im Land wie ein Hieb sein, zu hören, daß des Landes Hauptstadt mehr als irgend eine Stadt der Welt unter diesem häßlichen Elend leidet, unter diesem Elend, aus dem alle sozialen Schäden, alle Krankheiten des Leibes und der Seele am geilsten aufwuchern. Was soll dem Land aus einer solchen Brutstätte sozialer Not, sozialen Hasses, sozialer Unmöglichkeiten auf die Dauer andres aufgehen als noch mehr Not und Haß. Und eines Tags — möge er fern sein —, wenn in diesen überfüllten Gassen der Aufruhr aufstände, gibt es eine Phantasie, die sich die Greuel ausdenken kann, die von diesen Hunderttausenden, Millionen der Luft- und Lichtberaubten ausgehen würden? Licht und Luft machen die Menschen besser, sagt ihr draußen stolz. Vielleicht ist es wahr, wir glauben es. Aber ganz gewiß machen die Enge und Atembeschränkung und die schwellende Dampfhölle die Menschen böser. Es handelt sich nicht nur um das Wohl Berlins. Es handelt sich letzten Endes um die Sicherheit des ganzen Landes, wenn es gilt, der Hauptstadt an Atmungs- und Bewegungsfreiheit das Mögliche zu retten, sie vor physischer Entartung und sittlicher Unterernährung zu schützen. Es handelt sich hier nicht, wie man in manchen Ministerien und agrarischen Kreisen annimmt, in erster Linie um fiskalische Fragen, es handelt sich um die höchsten ethischen Werte, um die schwersten ethischen Gefahren, zu deren Hütern, zu deren Bekämpfern der Staat berufen ist.“

Kann man sich bei diesen Zuständen wundern, wenn die Arbeiter, aus solchen Brutstätten sozialer Not, aus solchen Wohnstätten, die weder den Begriff Vaterhaus, Heimat und Vaterland aufkommen lassen, in die Kneipen und die Fangarme der Umsturzpartei getrieben werden? Die Opfer, die hierbei dem Alkohol und den Parteikassen gebracht werden müssen, zerrütten die wirtschaftlichen Verhältnisse noch mehr und mehr. Systematisch wird diesen Arbeitermassen dann klar gemacht, daß sie das „Existenzminimum“ mindestens behalten werden, ganz gleich, ob Berlin heute russisch, morgen französisch oder republikanisch wäre. Dadurch wird nach und nach jedes Bewußtsein der Zugehörigkeit zum staatlichen Gemeinwesen zerstört. —

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben im Jahr 1910**) allein einen Zuwachs von rund 200 000 Mitgliedern gehabt. 1904 brachte die erste Million, heute zählt man über 2,1 Millionen, also mehr als eine Verdopplung in sechs Jahren.

Bei der letzten Reichstagswahl brachten es die Sozialdemokraten unter sehr ungünstigen Verhältnissen schon auf über drei Millionen Stimmen. Welche Stimmenzahl wird, in Anbetracht dieser gewaltigen Steigerung der Gewerkschaften, bei der nächsten Wahl zum Vorschein kommen?***)) Dabei werden Abgeordnete gewählt, die ihre internationale vaterlandsfeindliche Gesinnung jederzeit öffentlich proklamieren und jede, selbst die beste Regierung mit allen Mitteln beföhden.

Was soll aber erst aus der nachkommenden Generation werden, wenn die jetzigen Wohnverhältnisse bestehen bleiben? Welche Saat soll aus dem jetzigen Samen aufgehen? Braucht

*) Wohnungsreform und Lokalverkehr.

**) Wir erörtern hier nur die Verhältnisse der normal tätigen und entlohnten großstädtischen Arbeiter; wie viel schlechter, ja direkt entsetzlich das Leben der zeitweise Beschäftigungslosen der großstädtischen Bevölkerung ist, dürften die durch die Massenvergiftungen im Berliner städtischen Asyl in aller letzter Zeit an das Tageslicht gezogenen Verhältnisse klar gezeigt haben (vergl. u. a. die Schrift „Obdachlos“ von Konstantin Liebig).

*) Tägliche Rundschau vom 31. März 1910.

**) Vergl. Tägliche Rundschau vom 27. Januar 1911!

***)) Das letzte Wahlergebnis hat inzwischen gezeigt, daß die Sozialdemokratie bereits über mehr als $\frac{1}{3}$ aller abgegebenen Wahlstimmen verfügt.

man sich zu wundern, wenn die in solchen Wohnungen aufwachsende Jugend immer mehr verrotzt und wenn dieselbe jede Achtung vor der religiösen und weltlichen Ordnung verliert und sich nach und nach zu noch extremen Elementen auswächst als ihre Erzeuger? Glaubt man wirklich, daß man diesen Nachwuchs durch die jetzt auf der Tagesordnung erscheinende Jugendfürsorge oder Jugendpflege bessern könnte? Sonst wird doch immer hervorgehoben, die Schule kann bei Kindern nichts leisten, wenn die Familie nicht mitwirkt. Hier glaubt man mit erwachsenen Kindern, gegen das Wollen der Familie, etwas zu erreichen!! Welch eitles Beginnen!

Welche Gefahr liegt in solchen Verhältnissen für das ganze Vaterland? Die hier emporwachsenden Elemente sollen doch in den Stunden der Gefahr als Soldaten das Vaterland verteidigen.

Im Jahre 1902*) wurden 277 548 Mann zum Militärdienst eingestellt, davon entfielen 174 429 auf die Land- und 103 119 auf die Stadtbevölkerung. Im Jahre 1909**) betrug die Zahl der Ausgehobenen dagegen 282 554, davon entfielen 171 235 auf die Land- und 111 319 auf die Stadtbevölkerung. Die Aushebungen in den Städten sind somit sowohl nach der Zahl, als auch prozentual gestiegen und sie werden weiter steigen mit der weiteren Zunahme der städtischen Bevölkerung.

Wird es möglich sein, für die Dauer Herr zu bleiben über diesen sich stets vermehrenden und mit Haß gegen die staatliche Ordnung immer mehr gesättigten und in der Seele vergifteten städtischen Zuwachs? Wie wird es im Fall einer Niederlage, die doch selbst die best ausgebildete und geleitete Armee erleiden kann, werden?

Wie ganz anders würde man denken können, wenn wenigstens ein Teil dieser städtischen Bevölkerung einen auch nur kleinen Besitzteil am Vaterland hätte, wenn wenigstens für die besseren Elemente dieser Bevölkerung das in der Mietkaserne verloren gegangene „Vaterhaus“, diese poesieumwobene Erinnerungstätte glücklicher Jugend und diese ersehnte Ruhestätte des im Welt- und Wirtschaftskampf erlahmten Alters wieder gewonnen werden könnte! —

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Vierhaus (Breslau) führt in einem Artikel über die „Weltfremdheit“ der Richter***), die er „Ortsfremdheit“ genannt wissen will, u. a. aus: „Das Heimatgefühl ist in neuer Zeit im Rückgang begriffen. Sein Hauptfeind ist die Großstadt; wo ist dort im Wechsel der Mietwohnungen, inmitten des Einerleis gleichförmiger Häuser und Straßen, auf denen jeder nur bedacht ist, modernen Verkehrsmitteln auszuweichen, wo ist bei der Reisegewohnheit, die die nachhaltigsten und schönsten Eindrücke der Fremde entnimmt, die Heimat? Das wichtigste Kennzeichen unsrer neuesten Entwicklung scheint mir die maßlose Ueberschätzung des Individuums, bei der vergessen wird, daß es nur als Teil eines Ganzen Wert hat, und die Abneigung gegen Einordnung in ein Ganzes; hin ist die Heimat. Es wäre verkehrt, dem Rad der Zeit in die Speichen fallen zu wollen. Aber retten wir, was noch zu retten ist. usw. usw.“

Wenn an solch maßgebender Stelle das Schwinden des Heimatgefühls und des Begriffs der Zugehörigkeit zum Ganzen schon bei einer solch bevorzugten Gesellschaftsklasse festgestellt wird, bei einer Klasse, der in der Mietkaserne wenn auch teure, so doch wenigstens zureichende Räume zur Verfügung stehen, wie soll es da erst bei der weit überwiegenden Arbeiterbevölkerung aussehen? Wenn schon bei den Richtern gesagt wird „Retten wir was noch zu retten ist“, wie viel dringender müssen da erst die Maßnahmen bei der übrigen Bevölkerung sein?

Regierungsbaumeister Siebold bringt in seiner Schrift „Viventi satis“ an der Hand einer sozialdemokratischen Bremer Zeitschrift bemerkenswerte Äußerungen über den Einfluß eines eigenen Besitzes.

Diese sozialdemokratische Zeitung schreibt: „Auch heute noch dürfte die Zahl der Arbeiter, die ein eignes Heim haben, in Bremen größer sein, als in andren, gleich großen Städten Deutschlands. Das wird nun von jedem Sozialreformer freudig begrüßt werden; wir Sozialdemokraten jedoch haben keinen Anlaß, froh darüber zu sein. Der Besitz eines eigenen Häuschens ist nämlich ein die Kampflust und Kampffähigkeit sehr hemmender Faktor. Es wäre nun interessant, untersuchen zu können, wie sehr speziell in Bremen der Besitz eines eigenen Häuschens viele Arbeiter bis in die jüngste Zeit hinein gehindert hat, grundlegende Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus voll zu erfassen.“

Das Blatt weist dann zahlenmäßig nach, daß das Interesse für sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung unter den hausbesitzenden Arbeitern Bremens nur gering sei und fährt fort: „Wir sind überzeugt, daß die große Zahl der Hauseigentümer unter der Bremer Arbeiterschaft und dann die Tatsache, daß Bremer Arbeiter sich in ihren Mußstunden noch in hohem Grad mit Feld und Gartenbau beschäftigen, für die bisherige Art der bremischen Arbeiterbewegung von großer Bedeutung waren und zum Teil noch sind. Aber wir sind auch überzeugt, daß die wirtschaftliche Entwicklung Bremens dahin führen wird, daß die Zahl der kleinen Hauseigentümer gewaltig abnimmt. Und indem an der Peripherie der Stadt immer mehr Arbeiterwohnungen errichtet werden müssen, schwindet auch immer mehr die Möglichkeit für den Feld- und Gartenbau. Und das ist gut so. Die bremische Arbeiterbewegung wird durch beides sehr gewinnen. Los vom Grund und Boden muß der Arbeiter, bevor er revolutionär denken und handeln kann.“

Die Arbeiter zum revolutionären Denken und Handeln zu erziehen, das ist das Ziel! Revolutionär denken und handeln kann jedoch nur ein Besitzloser: jeder Besitzende, ganz extreme Naturen natürlich ausgenommen, wird und muß in jeder Gefahr, die der gegenwärtigen gesellschaftlichen Ordnung und der Staatsverfassung droht, auch eine Gefahr für seinen Besitz, der Zukunft seiner Familie und seiner Nachkommen erblicken.

Den Strom der Arbeiterbewegung wird kein Gesetz der Welt mehr eindämmen können; diesen Strom in die richtigen nationalen Bahnen zu lenken, ist und kann jetzt nur die einzige Lösung sein. Fesseln wir den Arbeiter durch Besitz an das Land, in dem er lebt, lassen wir ihn an der Wertsteigerung des Besitzes, die er mit hervorbringt — wenn auch nur in bescheidenem Maß —, teilnehmen, dann werden sich bald die revolutionären Wallungen dieses Arbeiterstroms glätten, Regierung und Staat werden dann mit dieser Arbeiterschaft paktieren und sie entsprechend lenken und führen können. Und in den Stunden der Gefahr, sei es von außen oder innen, werden auch diese jetzt revolutionär sich gebenden Arbeitermassen national denken und ihre Pflicht erfüllen, denn es gilt dann doch das wirkliche Vaterland, das Land, unter dessen Schutz sie sich eines kleinen eignen Besitzes erfreuen, und das eigne Heim, das Vaterhaus und die Heimat selbst zu schützen.

Wie die Wirkung der für die minderbemittelten Klassen geschaffenen Institutionen durch die Wohnverhältnisse beeinflusst wird, zeigt sich am besten bei der Alters- und Invaliditätsversicherung.

In Orten mit befriedigenden Wohnverhältnissen sind die Empfänger der Altersrente seitens der Kinder und Anverwandten, schon wegen der Renten sehr begehrte Persönlichkeiten, die Rente wirkt hier für die alten Leute und die Familien, die sie aufnehmen, geradezu als ein Segen. Sie ist geeignet, viele Gegensätze zu überbrücken und der Regierung treue Anhänger zu schaffen.

Ganz anders ist es in der Großstadt mit beschränkten und teuren Wohnverhältnissen. Hier will keiner diese Rentempfänger bei sich haben, weil die Wohnungen schon so beschränkt sind, und die Rente meist schon nicht für die Beschaffung einer entsprechenden Wohnungsvergrößerung ausreicht. Die Folge ist große Unzufriedenheit bei den Rentempfängern, daß der Staat so ungenügend für sie sorgt und noch größere Unzufriedenheit bei den Kreisen, die wegen der Unterhaltungspflicht die Leute aufnehmen müssen. Welcher Unfrieden und welche umstürzlerischen Gedanken worden dadurch oft in diese Familien getragen! Das so gut Gewollte und Erdachte bringt somit hier nur neue Unzufriedenheit hervor.

Nicht unerwähnt darf hier bleiben, daß mit der Abnahme der Bevölkerung auf dem Land und der Zunahme in den Städten, d. h. mit der Anhäufung der Bewohner in der in jeder Hinsicht unbefriedigenden Mietkaserne, sich auch die Militärtauglichkeit der Bevölkerung verringert. Nach der Zeitschrift des königlichen statistischen Landesamts 1908 verhält sich die Sollaushebung zur Istaushhebung: Auf dem Land in Orten mit weniger als 2000 Einwohnern wie 100 zu 114, in den Städten von 20—100000 Einwohnern nur wie 100 zu 83 und in den Städten von mehr als 100 000 Einwohnern sogar nur wie 100 zu 65. In Berlin waren 1902 bis 1907*) sogar nur 36,4% tauglich, während die Ziffer in der Provinz Brandenburg ohne Berlin auf 63% stieg.

Weiter wirkt der Umstand, daß kinderreiche Familien keine gern gesehenen Mieter sind und zum Teil nur sehr schwer, oft unter

*) Vergl. Reichstagsdruckschriften 1903/04.

**) Vergl. Tägliche Rundschau vom 25. Dezember 1910.

***) Nach einem Artikel im Kölnischen Stadtanzeiger.

*) Dr. Keller und Ph. Nitze. Groß-Berlins bauliche Zukunft.

den drückendsten Bedingungen Wohnung finden*) und endlich die Tatsache, daß mit jedem Kind die Einschränkungen und Entbehrungen einer solchen Familie wachsen, schon ganz erheblich nachteilig auf die Vermehrung der Arbeiterbevölkerung der Großstädte, d. h. auf die Rekrutierungsziffer für unsere Landesverteidigung und auf die Zukunftsziffer unserer produktiven Arbeit ein.

Mit welchen Mitteln und mit welchen Protektionen werden Säuglingsheime und dergleichen geschaffen, um einige tausend unehelich Geborene für die Wehrkraft und als Arbeitsnachwuchs zu erhalten! Und hier an Wohnverhältnissen, die zur Unterbindung des Bevölkerungszuwachses geradezu zwingen, geht man achtlos vorüber!

So schreibt z. B. auch Prof. Dr. v. Gruber, Mitglied des Reichsgesundheitsamts in einem Artikel „Die Forderung der Volksgesundheit“^{**)}: Rund ein Drittel der deutschen Schulkinder ist kränklich und schwächlich; kaum 60% der jungen Männer sind wehrfähig. Die Zahl der mit kranken Zähnen und Kurzsichtigkeit Behafteten ist Legion; ein großer Teil der jungen Frauen ist nicht stillfähig; die in Anstalten gepflegten Irren haben sich seit 20 Jahren um das Doppelte vermehrt. Die eheliche Fruchtbarkeit nimmt ab. In Berlin ist beispielsweise die Zahl der ehelich Geborenen von 217 auf 1000 verheiratete Frauen im Zeitraume von 1853—62 auf 111 im Jahre 1904 gefallen usw. usw.

Wie ganz anders sieht es dagegen bei den Arbeitern in dem reinen Industrieland England aus.

Die Bevölkerung der Städte über 5000 Einwohner hat sich dort in 90 Jahren verneunfacht. Sie umfaßte 1891^{***)} bereits über 68% der Gesamtbevölkerung, in Deutschland nur 44%. Dabei betrug die Behausungsziffer 1901 im Durchschnitt nur 5,32. Nur in einzelnen großstädtischen Bezirken, wo fremde Eingewanderte in Frage kommen, die schlechtere Wohnverhältnisse gewohnt sind, steigt die Zahl auf 7,93 (London), 8,03 (New Castle u. T., reine Kohlenstadt) und 8,85 (Devonport Plymouth).†)

Bei uns dagegen ist, wie wir im Abschnitt I sahen, die günstigste Ziffer 1906 7,96 (Bremen), die größere Zahl der Städte schwankt zwischen 20—55 und Charlottenburg und Berlin erreichen sogar die Zahlen 64,78 und 77,54!

Bei uns zählten wir über 80% Kleinwohnungen, davon waren in Berlin 60% nur Einzimmerwohnungen — 10% hatten sogar nur einen einzigen Raum — und bei nur 20% kam eine Zweizimmerwohnung in Frage.

In England gab es 1901: Einen Raum nur bei 3,6%, zwei Räume nur bei 9,4%, drei Räume nur bei 11,1%, vier Räume bei 22,7%, fünf Räume und mehr dagegen bei 52,2% der Wohnungen. Stetig nimmt dort die Behausungsziffer ab und die Zahl der Einzelhäuser nimmt zu.

Dabei stellen sich die Gesamtausgaben einschließlich der Abgaben für den Grund und Boden — bei dem bekannten sonst hohen Lebensunterhalt in England — für fünf Zimmer für ein Jahr im Eigenhaus höchstens auf nur 200—300 M., in Mietwohnungen auf 230—350 M. Die Wohnungen kosten also noch nicht einmal ein Viertel soviel als in Berlin! — Die Bautätigkeit ist hierbei eine rein spekulative, vom Grund und Boden völlig unabhängige. Das alles ist in der Hauptsache dem billigen Boden zu verdanken, der in den Außenbezirken von London mit 5 bis 10 sh., sonst durchschnittlich nur mit 3 sh. für 1 qm bezahlt wird. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß es sich bei diesen Preisen nicht um „Leasehold“ — Ueberlassung des Bodens meistens auf 99 Jahre —, sondern um „Freehold“, also um Bauten auf eigenem Boden handelt, der in den Mittelstädten und den Vororten von großen Städten vorherrscht.

Schon das physische Gedeihen einer Bevölkerung muß bei solchen Wohnverhältnissen selbstredend ein ganz andres sein, als das in unsren fast durchweg minderwertigen Massenmietkasernen.

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß sich in den älteren Teilen der größeren Industriestädte Englands baulich auch ziemlich minderwertige Wohnungen vorfinden, die bei dem Fehlen von Hof- und Hinterwohnungen von der Straße aus besonders stark in Erscheinung treten.††) Diese haben aber immer den Vorzug, daß sie räumlich weit größer und auch billiger sind, als unsre, zum großen Teil gleichfalls baulich abgewohnten Mietkasernenwohnungen. Weiter handelt es sich dabei, nicht wie bei uns um die dem Heimgefühl schädlichen Massenpferche

*) Vergl. Bergmann, Bericht des Zentralwohnungsinspektors, München 1910.

**) Tägliche Rundschau vom 15. Januar 1911.

***) Vergl. Eberstadt, „Handbuch des Wohnungswesens“.

†) Nach Eberstadt ist bei der größten Zahl der am stärksten gewachsenen Städte sogar ein Rückgang der Behausungsziffer festzustellen.

††) Hinsichtlich der Gründe, die diese minderwertigen Wohnungen gebracht, vergleiche unsre Ausführungen im Abschnitt V.

mit ständig wechselnder Bevölkerung, sondern um Einzelhäuser, die zugleich Eigenhäuser — wenigstens für die Dauer der Lease — sind, die eine sittlich und gesundheitlich einwandfreie Unterbringung der Familienmitglieder ermöglichen, die deshalb von selbst eine Seßhaftigkeit der Bewohner, ein Einleben und Einordnen in die umgebenden Verhältnisse, ja, ein wirkliches Heimgefühl, Zufriedenheit und Vaterlandsliebe erzeugen.

Durchwandert man die englischen großstädtischen Bezirke und schaut man mit Berliner Augen, dann ist man erstaunt, wie sehr Alt und Jung der leistungsfähigen und lebenskräftigen Arbeiterbevölkerung unsrer Bevölkerung gegenüber abstecken.

U. a. schreibt auch Albert Grotjahn,^{*)} „zu meinem größten Erstaunen wurde ich gewahr, daß die Krankheit, die sich in Berlin und seinen Vororten an der Mehrzahl der sorgfältig gekleideten Proletarierkinder schon im Vorbeigehen diagnostizieren läßt, mit verschwindenden Ausnahmen unter den zerlumpten Rängen des Londoner Arbeiterviertels — das sind meist ausländische Eingewanderte, gesunkene Volksschichten — vollkommen fehlt. Vielmehr weisen die Kinder einen ganz vorzüglichen Ernährungszustand auf, sind rotwangig und kräftig in all ihren Bewegungen“.

Ganz ebenso verhält es sich mit der politischen Reife. In ganz England gibt es nach einer veröffentlichten Statistik^{**)} nur 37000 Sozialdemokraten. Dabei sind dieselben vor allen Dingen national, so daß die jetzige Regierung nicht allein in der Lage war, sich auf sie zu stützen und noch stützt, sondern sogar einen Führer als Mitglied in das Kabinett aufnehmen konnte!

Wie ganz anders die Gesinnung der Sozialdemokraten selbst in dem politisch zerfahrenen Frankreich gegenüber der unsren ist, zeigt am besten eine Gegenüberstellung der Behandlung der Heeresfragen im Parlament. Ein deutscher internationaler Sozialdemokrat sagte bei der diesjährigen Beratung im Reichstag^{***)} „wir lehnen die Vorlage ab, weil wir in dem Militarismus eine kulturfeindliche Einrichtung sehen. Eine solche Militärfreundlichkeit wie im Deutschen Reichstag gibt es in keinem Parlament der Welt. Wir denken nicht daran, die Machtmittel des Klassenstaats zu verstärken.“ Fast zu gleicher Zeit äußerten sich die sozialdemokratischen Wortführer in der französischen Kammer. „Sie — seine Partei — werde die Kredite bewilligen, sie bedaure die schwere Last des bewaffneten Friedens, begreife aber, daß die Abrüstung nicht anders möglich sei als gleichzeitig mit den andren Ländern“, und an anderer Stelle, „unbestreitbar muß Frankreich eine Flotte haben, die es instand setzt, seinen Rang in der Welt zu behaupten und seine Rechte zu sichern. Die deutsche Machtentfaltung zur See rechtfertigt die Vorlage der Regierung und unser Flottenprogramm als ein Mindestmaß des Notwendigen“ usw. usw. Welch Unterschied in der Gesinnung dem Vaterland gegenüber bei uns und dort! —

Das Einkommen der mittleren Wirtschaftsklassen haben wir mit 2600 M. und die von denselben zu zahlende Wohnungsmiete mit 750 M. ermittelt. Für Steuern und Mobilienversicherungen kommen rund 100 M., für Heizmaterialien 70 M. und für das Halten eines Dienstmädchens rund 240 M. in Frage. Des weiteren muß auch hier, wie bei den Arbeitern, mit der Benutzung von Beförderungsmitteln gerechnet werden, für die nur 100 M. in Ansatz kommen sollen.

Es verbleiben somit für den gesamten übrigen Unterhalt, Kleider, Schulgeld, Zeitungen, Bücher, Vergnügungen usw. rund 1410 M., das sind noch nicht 120 M. für einen Monat. Daß diese Summe beim Vorhandensein auch nur weniger Kinder, selbst bei den größten Entbehrungen, nicht ausreichend ist, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

Ein Nebenverdienst der Männer, unter Zuhilfenahme der Nachtstunden, ist nur in den seltensten Fällen möglich. Wenn die Frau nicht imstande ist, die gesamten Haushaltsgeschäfte allein abzuwickeln um das Mädchen zu sparen — die Frau sinkt dabei selbst zum Dienstmädchen herab — oder bei den geringsten Schwankungen im Haushaltsetat — durch Krankheiten, Geburten usw. — bleibt auch hier nur die Rettung durch die Aufnahme eines von den 400 000 in den Großstädten in Frage kommenden Chambregarnisten. —

Die Ungemütlichkeit eines solchen beschränkten Heims, wo in jedem Zimmer Betten stehen und von welchen noch das beste Zimmer an einen Fremden abgegeben werden muß, der vielfach, den zum Teil einzigen Besitz der Familie, die Möbel,

*) Handbuch der Hygiene 1905

**) Vergl. die Schrift des Oberbürgermeisters von Wagner „Die Tätigkeit der Stadt Uim auf dem Gebiet der Wohnungsfrage“.

***) Vergl. Tägliche Rundschau vom 5. März 1911.

durch möglichst rohe Behandlung bald wertlos macht, löst auch hier vielfach jedes Heimgefühl und bringt die große Ueber-
völkerung unsrer Kneipen mit sich, die man in andren Ländern
— namentlich in England — nicht kennt.

Die durch die Bierbankpolitik mehr und mehr gesteigerte
Unzufriedenheit und die Bestrebungen, den Kindersegen einzu-
dämmen, finden in diesen Verhältnissen ihren besten Nährboden.
Und bei den Kindern, die in solchen Verhältnissen groß werden,
kann man, da auch hier der Begriff Vaterhaus und Heimat fast
ganz fehlt, unmöglich viel Bewußtsein der Zugehörigkeit zum
staatlichen Gemeinwesen erwarten.

Bei der bessern Wirtschaftsklasse mit 4300 M. Ein-
kommen haben wir 1400 M. Miete ermittelt. Weiter kommen
rund 250 M. Steuern und Mobiliarfeuersversicherung, 145 M. für
Heizung und 300 M. für ein Mädchen in Frage.

Nimmt man nur zwei schulpflichtige Kinder an — die An-
stellung mit Gehalt von 4300 M. wird meist erst in der zweiten
Hälfte der dreißiger Jahre erreicht — mit rund 300 M. Schul-
geld und für sechs Köpfe — fünf Familienmitglieder und ein
Dienstmädchen — nur 150 M. Wirtschaftsgeld monatlich, dann
verbleiben für Kleidung, Arzt, Vergnügungen, Fahrgeld und
alles übrige sage und schreibe jährlich 105 M.

Ist kein Privatvermögen vorhanden, dann ist das Leben in
einer solchen Familie, die nach außen, auch in bezug auf Woh-
nung und Kleidung, die Stellung wahren soll und muß, ledig-
lich eine Reihe von Einschränkungen und Entbehrungen, ein
— nach außen vielleicht glänzendes — soziales Elend wie
es nirgends schärfer hervortreten kann.

Wir dürfen uns bei dieser Sachlage nicht wundern, wenn
die Junggesellen dieser Wirtschaftsklasse mehr und mehr den
Mut verlieren, einen Herzensbund zu schließen, der solche Ent-
sagungen mit sich bringt.

Wir müssen ferner verstehen lernen, daß die Töchter dieser
Kreise nicht zum Vergnügen, sondern aus bitterer Not immer
mehr direkt gezwungen werden, sich einen eignen Erwerb zu
suchen. — Sie werden dabei von der Familie in den rücksichtslosen
Wirtschaftskampf des Lebens getrieben und nehmen dort, nament-
lich im Verkehr mit den aus den Arbeiterkreisen entstammenden
Mitarbeitern, demokratische Gesinnungen auf, die dann, in die eigne
Familie zurückgetragen, bei der weiter oben erörterten maßlosen
Überschätzung des Individuums, und bei der Abneigung gegen die
Einordnung in das Ganze, mehr und mehr die ganzen gesell-
schaftlichen Schichtungen des Staats zersetzen müssen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der so-
genannten „Arbeiter des Geistes“ — der mittleren sowohl als
der besseren — sind, wie wir nach alledem sehen, durch die
hohen Kosten der Wohnungsbeschaffung und der durch diese
beeinflussten hohen Kosten des Lebensunterhalts, durchaus nicht
besser als bei den Arbeitern selbst. Alle Schichten der Mieter
arbeiten und darben täglich, um den an die Bodenspekulanten
zu zahlenden Tribut erschwingen zu können.

Keinem Glied dieser in der Zahl ganz überwiegenden Be-
völkerungsklassen — über 90% der in Frage kommenden Be-
völkerung — ist es bei den jetzigen Mieten und Lohn- bzw.
Gehaltshöhen unter normalen Verhältnissen möglich, auch nur
die geringste Rücklage für das Alter oder die Kinder zu machen.
Ist es da ein Wunder, wenn die Unzufriedenheit mehr und
mehr wächst und viele nicht daran glauben wollen und können,
daß es sich bei diesen Zuständen um „von Gott gewollte Ab-
hängigkeiten“ handelt und deshalb ihren Unmut — vielleicht
dann an unrichtigen Stellen — zum Ausdruck bringen?

Besonders hervorgehoben muß noch werden, daß der Ord-
nungssinn und die Achtung vor fremdem Eigentum in der Miet-
kaserne sehr stark leiden.

Im eignen Haus wird jedes Familienglied von früh auf
zu einer liebevollen Behandlung des Bestehenden angehalten.
Beschädigungen an den Gebäudeteilen durch rohe Gewalt
kommen fast nie vor. Tritt wirklich einmal ein Schaden ein,
dann wird die sofortige Beseitigung von allen angestrebt, da-
mit der Familie die eigne Besetzung bei den geringsten Unter-
haltungskosten stets in möglichst bester Form erhalten wird.
Kindern, die in einem solchen Heim groß gezogen worden
sind, wird die Achtung vor eignem und fremdem Besitz nicht
allein angezogen, sondern sogar angeboren.

Ganz anders ist es in der Mietkaserne. Hier hat kein
Mensch ein Interesse, wirklich etwas gut zu behandeln. Kommt

ein kleiner Schaden vor, dann wird derselbe mit Gewalt ver-
größert, damit der Hauswirt nicht ein Auslicker vornehmen
kann, sondern eine Erneuerung vornehmen muß. Dadurch wird
Alt und Jung die Nichtachtung vor fremdem Besitz, ja sogar eine
wahre Vernichtungswut eingeeimpft. Hier werden dann die Glieder
der menschlichen Gesellschaft gezüchtet, die ihren Gefühlen sehr
oft durch Beschädigung öffentlicher Gebäude, Denkmäler und
Parkanlagen oder durch sonstige Roheitsdelikte Luft machen.

Wie sieht es manchmal in solchen so oft geräumten Miet-
wohnungen — nach unsren Feststellungen im Abschnitte III
wechseln die Mieter der Mietkasernen im Durchschnitt alle
drei bis vier Jahre — aus? In verschiedenen Schriften wurde
nachgewiesen, daß z. B. in den Mietkasernen im Norden von
Berlin Fußböden aufgerissen und vom Mieter verbrannt worden
sind u. a. mehr. Sieht man auch von solch rohen Beschädi-
gungen ab, die normale immer wieder erforderlich werdende
Herrichtung der Wohnungen bei den Umzügen erfordert nach
unsren Feststellungen im Abschnitte III in Berlin in einem
Jahre schon allein etwa 7,5 Millionen Mark. Nehmen wir im
Durchschnitt auch nur die Hälfte davon an, dann kommen bei
den für unsre Arbeit in Frage kommenden Städten im Jahr für
mindestens 20 Millionen Mark Arbeiten heraus, von denen bei
Eigenhäusern mindestens die Hälfte gespart, also der Bevölkerung
und unsrom Nationalvermögen gutgerechnet werden könnten.

Wie es mit der Wohnung ist, so ist es auch mit der Aus-
stattung, den Möbeln. Geheimrat Dr.-Ing. Muthesius war, als
er nach längerer Tätigkeit in England nach Deutschland zurück-
kam, entsetzt über die in Deutschland fabrizierten Ausstattungen.
Seine Geißelung der bestehenden Zustände in Wort und Schrift
hat nur einen Teilerfolg gehabt; zumal selbst der Handelsminister
Delbrück diese Bestrebungen im Landtag desavouierte.

Bei den jetzigen Wohnverhältnissen mit den vielen Um-
zügen sind ja auch gar keine andren Ausstattungen als die
mäßigen Dutzendwaren denkbar. Wie kann selbst eine bessere
Familie eine völlig harmonische und gediegene Ausstattung der
Räume anstreben? Heute wird z. B. ein mit einem Erker ver-
sehener Raum als Wohnzimmer eingerichtet, nach zwei Jahren folgt
eine Wohnung ohne diesen Erker und nach weiteren zwei Jahren
kommt wieder ein Erker. Aber jedesmal ganz andre Raummaße,
ganz andre Türstellungen, Fensteranordnungen und dergleichen.
Durch solche Umschachtelungen und Ergänzungen wird selbst die
gediegenste und schönste Ausstattung, auch bei größeren Neu-
anschaffungen bei jedem Umzug, mit der Zeit eine völlige Karrikatur.

Mieter, die, als sie sich einen Hausstand gründeten, ihre
Möbel und alle Einzelheiten noch selbst zeichneten, ihre Vor-
hänge selbst drapierten und die Einrichtung nebst Wandschmuck
mit viel Liebe und Geduld in ein wirklich harmonisches Ganzes
zu verwandeln suchten, kommen nach dem ersten oder zweiten
Umzug zum bitteren Bewußtsein, daß alle Mühen vergeblich
waren, und daß selbst der beste Wille und daß auch die mit
größten Entbehrungen getragenen weiteren Beanspruchungen
des Geldbeutels nicht in der Lage sind, aus jeder Mietkaserne
ein wirklich behagliches Heim zu machen. Ist es da ein
Wunder, wenn die Geschmacklosigkeit bei unsren Inneneinrich-
tungen — von einer geringen Zahl von Ausnahmen natürlich
abgesehen — immer neue Blüten treibt und wenn das Heim
zum Teil immer mehr zur Schlafstelle herabsinkt?

Wie sieht es aber erst aus in den Wohnungen der ärmeren
Klassen, die mit ihren armen Habseligkeiten alle paar Monate
von neuem auf die Wanderschaft müssen? Bei jedem Umzug
gibt es große Beschädigungen, die dann zur Vermeidung
größerer Ausbesserungskosten von der Familie selbst wieder zu
beheben gesucht, d. h. roh zusammen genagelt und geleimt
werden. Wie bald schwindet da der frühere Talmiglanz und
wie bald verwandelt sich dann ein in einem Hintergebäude
zwischen hohen Mauern eingekeilter, mit solchen geflickten
und abgeschundenen Einrichtungsgegenständen ausgestatteter
Raum von einem Heim zu einer wahren Spelunke.

Wie kann an solchen Orten ein Heimgefühl, Patriotismus
und Gottesfurcht gedeihen? Wie können auch hier bei dem
täglichen Vergleich mit den Vorderwohnungen die Klassen-
gegensätze, wie man bei der Vermischung der großen und
kleinen Quartiere in den 60er Jahren angestrebt hat, schwin-
den? Heinrich Rippler schreibt, wie wir weiter oben aus-
führten, ganz richtig, „in solchen Brutstätten sozialer Not
und sozialen Hasses kann nur noch mehr Not und noch mehr Haß
aufgehen, was zum Schluß zur Rebellion führen muß!“

(Es folgt b): Die Hausbesitzer)

Zur Organisation des technischen Unterrichts

Rede, gehalten in der Freien Studentenschaft vom Geheimen Hofrat Cornelius Gurlitt in Dresden

(Schluß aus Nr. 10, Seite 100)

Ich glaube aber, daß die Erweiterung des Könnens in diesem Hauptzweige der Allgemeinbildung bei uns an der Technischen Hochschule nicht gut erreicht werden kann, sondern daß da bei den Mittelschulen ein schwerer Fehler liegen muß: Nämlich der, daß man glaubt, durch philologisches Betreiben von Fremdsprachen Deutsch lernen zu können. Ein zweiter Fehler ist, daß der deutsche junge Mann zu wenig gewandt zu sprechen weiß. Wir erleben es im öffentlichen Leben häufig, daß selbst Männer in hohen Stellungen nicht fähig sind, ein paar Worte frei zu sprechen. Die höchste Aufgabe der Mittelschule wäre nach meiner Ansicht, die deutsche Nation zu einer schrift- und sprachgewandten zu machen, denn es ist ein vorzügliches Zuchtmittel, wenn man unter der Kontrolle aller Zuhörer laut zu denken gezwungen ist. Wird das erreicht, so wird der Unterschied zwischen Juristen und Techniker hinsichtlich ihrer Ausbildung nicht so groß sein, wie er jetzt erscheint. Daher möchte ich Sie dringend bitten: üben Sie sich im schriftlichen Ausdruck und im öffentlichen Sprechen! Auch ich habe nur zu häufig bemerkt, was mir ein Leipziger Universitätsprofessor erzählte, daß in seinem Seminar die Ausländer in gebrochenem Deutsch am frischsten das Wort ergreifen; die deutschen jungen Männer aber über diese unverschämten Kerle zwar innerlich schimpfen, doch ohne selbst ein Wort zu sagen.

Nun aber weiter: Wir haben von den Juristen anerkannt, was sie leisten. Die Techniker haben ihr Fach mit gleich schweren, ja sogar viel schwereren Examen belastet, um für gleichwertig mit den Juristen angesehen zu werden. Aber eines hat man dabei übersehen: daß nämlich das Studium der Jurisprudenz dasjenige Fach ist, das am schnellsten zum Ziele führt; in durchschnittlich $6\frac{1}{4}$ Semestern wird der Jurist ausgebildet. Dabei hat man sogar gehört, daß der Jurist in der ersten Zeit seiner Studien nicht allzu fleißig zu sein braucht. Es kommt unverkennbar hier nicht auf das viele Studieren an, sondern auf die Entwicklung des ganzen Menschen. Ein Stand, der im öffentlichen Ansehen noch über dem der Juristen steht, ist der der Offiziere. Die Armee verlangt von den Leuten, die sie an ihre leitenden Stellen führt, so wenig Studium, daß sie mit 18, 19 Jahren Leutnant werden können. Es setzt aber dann ununterbrochen die weitere Schulung, die innerhalb des Amtes, ein, die sehr lange durchgeführt wird. Und die Armee hat es dahin gebracht, als das einzige große Institut im öffentlichen Leben Deutschlands, daß bei ihr die Juristen nichts hineinzureden haben. Sie wird ausschließlich von Fachleuten verwaltet. Nur in einem Punkte greifen Fremde ein, nämlich darin, daß der Einjährig-Freiwillige vom Schulmann geprüft wird. Wie oft habe ich Generale gefragt: Was nützt der Armee das Examen der Mittelschule? Warum legt ihr die Entscheidung darüber, wer Reserveoffizier werden kann, in die Hand der Schulmänner? Ich sollte meinen, daß man, wenn man 200 Rekruten aushebt, zunächst in der Kaserne alle miteinander ausbildet — wenn auch ein bißchen Unannehmlichkeit für den Vornehmen daraus entsteht —, daß man nach ein paar Wochen Dienst bloß einen Aufsatz schreiben zu lassen braucht, um zu erkennen, wer die ausreichende Bildung habe. Mancher Handwerker wird sich zum Offizier sehr viel besser eignen, als der, der seinen Kopf mit einem Wissen füllte, das in Krieg und Frieden für den Dienst nicht verwendbar ist.

Das Streben der Techniker, für gleichwertig im Staatsleben angesehen zu werden mit den Juristen, hat ihnen also eine schwere Last auferlegt. Ich habe, wie ich am Eingange sagte, nicht die Absicht, hier ein Programm zur Lösung der Frage aufzustellen, wie die Last erleichtert werden könnte. Aber das möchte ich doch betonen, daß es wünschenswert ist, das Berechtigungswesen in seinen weitgehenden Forderungen zurückzuschrauben. Es muß als unsozial erkannt werden, daß nur derjenige in die hohen Stellen aufrücken kann, der von Jugend an die gewiesenen Wege ging. In unserer sozial empfindenden Zeit muß man dahin kommen, daß alle Schulen, die der Staat unterhält, als gleichwertig anerkannt werden, daß ihnen gleichwertige Lehrkräfte zuzuweisen sind und daß das Ende, der Abschluß, darin beruht, daß derjenige als vollberechtigt anerkannt wird, der unter der Aufsicht des Staats besuchte Schulen eine genügende Anzahl von Jahren erfolgreich besuchte. Daß

also, wer neun oder zwölf oder noch mehr Jahre die Schule erfolgreich absolvierte, nicht danach beurteilt wird, ob er in seiner Kindheit in diese oder jene Schule eintrat, in seinem Alter, in dem er nicht fähig ist, über die Bedeutung der Schulanstalt wie über die Folgen seiner Faulheit sich klar zu werden.

Wenn wir das erreichen könnten, so würden wir allerdings einer Gefahr entgegengehen: es würde von allen möglichen Schulen und aus den verschiedenen Schulgebieten ein großer Zulauf nach den Technischen Hochschulen und Universitäten erfolgen. Die Mittelschulen sind darauf hingewiesen worden, das Minderbefähigte entweder gar nicht aufgenommen werden, oder daß sie im Laufe des Unterrichts entfernt werden sollten. Man hat den Mittelschulen zugerufen, sie sollen strenger sein in der Auswahl ihrer Schüler, strenger im Verlaufe des Unterrichts. Die einzig mögliche Form der Strenge besteht aber für sie darin, daß sie den Unfähigen ein Jahr lang sitzen lassen oder ihn aus der Schule entfernen. Das ist gewiß wieder ein Mittel, durch das zwar der Schule geholfen wird, nicht aber dem Schüler. Denn die Unfähigkeit ist selten absolut. Sie besteht nur zu oft im Mißverhältnis zwischen den Forderungen der Schule und der speziellen Begabung des Schülers. Es würden die Eltern gern ihren Sohn aus der für diesen von ihnen als ungeeignet erkannten Schule entfernen, wenn sie ihm damit nicht die Möglichkeiten zur glücklichen Gestaltung seines Lebens beschränkten — eben infolge des Berechtigungswesens. Mir erscheint die Gefahr, die Hochschule überfüllt zu sehen, nicht zu groß. Sie würde bedenklich sein, wenn durch die Hochschule zu viel Aspiranten für Staatsstellen herangezogen würden. Leute, die glauben berechtigt zu sein, als Regierungsbauführer oder dergleichen im Staat ein Amt beanspruchen zu dürfen. Wenn eine solche Aspiration überhaupt nicht geschaffen würde, fiel sie von selbst fort. Also nicht nur Zurückschrauben des Berechtigungswesens, sondern durch dieses vor allem Zurückschrauben des Aspirantenwesens.

Man nennt das Examen einen Ansporn zu fleißiger Arbeit. Aber die Hoffnung darauf, daß die jungen Männer wissen, was sie an der Hochschule wollen und was sie dort sollen, die Hoffnung, daß sie das leisten, was ihnen zu tun obliegt, müssen wir haben, wollen wir an unserm Tun nicht verzweifeln. Ich bin der Meinung und übe das, wie meine Herren Hörer wohl wissen, als Angestellter der Technischen Hochschule, daß wir Vertrauen zu unsern Studenten haben sollen. Ich bin gern bereit, jeden zu fördern, der sich mir anvertraut, und glaube nicht, daß mir der Vorwurf gemacht wird, daß ich meine Arbeitskraft dem verweigere, der etwas bei mir lernen will. Wer das aber nicht will, der mag bleiben lassen! In der Studienfreiheit sehe ich das rechte Mittel zum Ansporn. Diejenigen, die nichts lernen wollen, die mögen draußen bleiben. Ich bin kein Schulmeister und habe mich um solche Leute nie gekümmert. Ich denke, das Leben wird sie erziehen oder sie werden fallen. Aber nur zu oft treten an die Stelle der aus innerem Triebe Lernbegierigen die Leute, die sich sagen: Erfüllst du die im Lehrprogramm vorgesehene Aufgabe, dann erwirbst du das Anrecht darauf, in die oberen Stellen einzurücken. Den Kampf, den jeder um die ersten Stellen im nationalen Leben durchzukämpfen hat, wollen wir nicht scheuen, sondern ruhig über uns ergehen lassen. Aber wir wollen den Kampf nicht auskämpfen in Prüfungszimmern, ihn nicht zu einem solchen um Berechtigung und Titel machen; wir wollen um den besten Unterricht kämpfen, und darum, daß wir im Kriege der Nationen siegreich uns behaupten. Wir müssen sparsam sein mit der Jugend unseres Volkes, wir dürfen nicht die Schulzeit verlängern und uns dabei klar sein, daß die Lehrzeit für uns nie aufhört. Kommen Sie hinaus ins Ausland, so werden Sie sehr häufig sehen, daß unsere Techniker hoch geschätzt werden als fachkundige und fleißige Arbeiter, daß aber der eigentliche Leiter industrieller Unternehmungen, der Mann, der alle Fäden der technischen Leitung in den Händen hat, ein Engländer, Belgier, Amerikaner ist, weil diese Leute früher ins praktische Leben traten, mit den Verhältnissen zu ringen lernten und weil sie nicht so lange unter der Not der Examensangst gestanden haben. Mancher junge Mann, der sein zweites Staatsexamen macht, hat Frau und Kinder. Man muß sich in seine Seele hineindenken, wenn er nach Hause kommt und gestehen muß — ich bin durch das Examen gefallen!